

Bernd Schröder und Olaf Schulze:

Mittelkürzungen für den öffentlichen Nahverkehr sind der falsche Weg

Zu den von der Bundesregierung geplanten Kürzungen der Regionalisierungsmittel für den öffentlichen Nahverkehr und die Auswirkungen auf die Schülerbeförderung erklären der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Bernd Schröder, und der ÖPNV-Experte Olaf Schulze:

Auch wenn die vorgesehene Reduzierung der Regionalisierungsmittel geringer ausfällt als ursprünglich geplant (1,8 statt 2,3 Mrd Euro bundesweit), würde das für Schleswig-Holstein in den nächsten vier Jahren immer noch ein Minus von 60 Millionen Euro (statt 100 Mio) bei der Förderung des öffentlichen Nahverkehrs bedeuten. Das Argument, mehr Wettbewerb führe zu Einsparungen, ist in unserem Land ausgereizt, denn fast die Hälfte des Regionalverkehrs ist bereits an Privatunternehmen vergeben. Um die Kürzungen der Bundeszuschüsse wettzumachen, blieben nur Fahrpreiserhöhungen und/oder Ausdünnung der Fahrpläne. Das hätte auch negative Auswirkungen auf die Schülerbeförderung, die bei einer Abschaffung der Schülerbeförderungspflicht noch verstärkt würden.

Nach dem ÖPNV-Gesetz sind die Kreise dazu verpflichtet, ausreichend Angebote im öffentlichen Nahverkehr aufrecht zu erhalten. Vor allem im ländlichen Raum sind Schüler die Hauptnutzer des ÖPNV – teilweise beträgt ihr Anteil an den Fahrgästen bis zu 90 %. Würde die Schülerbeförderung z. B. aus Kostengründen reduziert, würde somit die allgemeine ÖPNV-Leistung der Kreise reduziert und in der Folge wahr-

scheinlich teurer. Das ist in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein nicht vertretbar; ein attraktives Mobilitätsangebot muss aufrecht erhalten bleiben.

Die SPD möchte auch künftig einen attraktiven ÖPNV, also ein gutes Angebot und bezahlbare Preise. Die Kürzung der Regionalisierungsmittel ist schon eine finanzielle Belastung für den öffentlichen Personenverkehr; weitergehende Einsparungen würden zu schmerzhaften Einschnitten im Angebot und zu Preiserhöhungen führen. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass die Finanzausstattung des ÖPNV nicht weiter beschnitten wird.